

**Außerordentlichen Bezirksparteitag  
am 4. Dezember 2009 um 18.30 Uhr  
in 38102 Braunschweig, Congress Saal der Stadthalle, Leonhardplatz**

**RESOLUTION:  
„SOLIDARITÄTSBEKUNDUNG ZU BILDUNGSPROTESTEN“**

Wir nehmen die Proteste gegen Bildungsgebühren und das Engagement für bessere Lernbedingungen ernst. Aus diesem Grund fordern wir alle Hochschulen auf, die nach der Räumung von Hochschulgebäuden Strafanzeige gestellt haben, diese zurück zu nehmen. Bildung ist ein Grundrecht, deshalb solidarisieren wir uns mit den Demonstrierenden, Besetzerinnen und Besetzern und unterstützen die Forderungen:

**Gegliedertes Schulsystem abschaffen, inklusive Gesamtschulen einführen!**

Die Selektion nach dem vierten Schuljahr fördert soziale Ungleichheiten und bestimmt schon in Kindesalter den Lebensweg junger Menschen. Nur die gemeinsame Beschulung, von der ersten, bis zur 10. Klasse, kann die Chancengleichheit sichern und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

**Abitur neu gestalten!**

Nach der 10. Klasse muss ein Allgemeinwissen geschaffen sein, was Jugendliche dazu befähigt tiefgründiger in Fachgebiete einzugehen. Die Profiloberstufe verbaut jungen Menschen die Zukunft und verhindert eine freie Entfaltung der/s Einzelnen, deshalb muss die Profiloberstufe abgeschafft werden.

Das Zentralabitur verhindert die optimale Vorbereitung auf die Abschlussprüfung und ein individuelles eingehen der Lehrer auf die Klassen. Der enorme Leistungsdruck bewirkt, dass das Privatleben der SchülerInnen völlig durch die Schule eingenommen wird, um mit dem Unterrichtsstoff fertig zu werden.

Daher fordern wir die Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Jahren um SchülerInnen die Möglichkeit zu geben sich frei zu entwickeln.

**Kostenfreie und unabhängige Bildung für alle!**

Deutschland ist das Land, wo Herkunft und Reichtum am allermeisten den Bildungsweg beeinflussen. Das darf nicht sein, deshalb fordern wir kostenfreie, gleiche, freie und gute Bildung für alle, frei von wirtschaftlichen Interessen und Einflüssen. Denn Bildung muss Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und zum kritischen Denken befähigen. Das geht nur, mit unabhängiger und guter Bildung!

Studiengebühren führen dazu, dass immer weniger junge Leute ein Studium aufnehmen und die Abbrecherquote steigt. Viele, die ein Abitur erworben haben, nehmen eine Ausbildung auf um die Gebühren zu umgehen und verschärfen somit den Kampf um Ausbildungsplätze.

Die staatliche Unterstützung für junge Menschen in der Ausbildung muss ausgebaut werden. Es ist dringend nötig das BaföG vom Vermögen der Eltern zu trennen und die Sätze jährlich an die Inflation anzupassen.

**Master für alle!**

ArbeitnehmerInnen zeigen immer wieder: Ein Bachelor-Abschluss ist keinesfalls berufsqualifizierend. Es werden schlechtere Arbeitsplätze mit weniger Lohn angeboten. Die Qualität der Lehrstoffvermittlung hat stark unter der Komprimierung auf 6 Semester

gelitten. Studentisches Engagement fällt weg, Auslandsaufenthalte sind nicht mehr möglich und vor allem ein selbstgestaltetes Studium ist eine Utopie von gestern. Vielmehr entfacht die Angst vor schlechten Noten für die Masterzulassung einen Konkurrenzkampf unter den Studenten; jeder für sich alleine, denn je schlechter die anderen abschneiden, desto größer sind die eigenen Chancen.

Die Juso-Hochschulgruppe fordert auch die Abschaffung der Obergrenze von 5 Jahren für konsekutive Bachelor-Master-Studiengänge, da der geraffte Zeitplan keinen Platz für eigenständige wissenschaftliche Arbeit neben dem Studium ermöglicht. Gerade die Hochschule sollte ein Ort bleiben, an dem Menschen sich emanzipieren und lernen sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinander zu setzen.

### **Diskriminierung abschaffen!**

Zu Gleichstellungspolitik gehört für uns darüber hinaus das Eintreten für Minderheiten. MigrantInnen, Schwule, Lesben, Transsexuelle, ausländische Studierende und behinderte Menschen müssen ebenso Rechte und Schutz vor Diskriminierung erhalten. Aus diesem Grund gehören für uns der Kampf für barrierefreie Hochschulen, die Erhöhung des Anteils Studierender mit Migrationshintergrund, gleiche Rechte für ausländische Studierende und die Schaffung eines diskriminierungsfreien Umfelds für sexuelle Minderheiten zur politischen Agenda. Sexualisierte und sexuelle Gewalt an Hochschulen müssen der Vergangenheit angehören.

### **Ohne Studierende keine Hochschule!**

Die Lehre an Hochschulen ist ohne studentische Beschäftigte nicht vorstellbar. Dennoch werden fast überall Studierenden elementare ArbeitnehmerInnenrechte vorenthalten. Von absurden Lohnobergrenzen (!) bis zum Vorenthalten von Lohnfortzahlung im Krankheitsfall reicht die Palette der Benachteiligungen. Studierende erbringen normale sozialversicherungspflichtige Arbeit und müssen demnach von einem Tarifvertrag geschützt werden. In ihm müssen elementare Rechte wie Urlaubsansprüche, geregelte Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Wahl eines Personalrates und nicht zuletzt ein Mindestlohn nicht unter 11 € vereinbart sein.

Eine Hochschule kann nur funktionieren, wenn sie den Bedürfnissen der Studierenden gerecht wird. Daher ist es wichtig, die Einflussnahme der Studierendenschaft auszubauen. Wir fordern mehr studentische Mitbestimmung. Entscheidungen müssen wieder transparent gefasst werden, daher fordern wir, dass die Senate, in denen Studierende Mitspracherecht haben, wieder das höchste beschlussfassende Organ an Hochschulen werden.

### **Breitenförderung statt Elite-Hochschulen**

Seit der Begriff „Elite-Hochschulen“ in der öffentlichen Debatte herumgeistert, ist ein radikales Umdenken in der deutschen Hochschulpolitik zu beobachten. Das Ziel ist nicht mehr eine Breitenförderung aller Hochschulen, sondern einige wenige durch eine gezielte Forschungsförderung zu „Leuchttürmen“ der internationalen Wissenschaft auszubauen, die mit ihrer kleinen Zahl an Studierenden den Nachwuchs an ForscherInnen sicherstellen. Die große Masse sinkt nach diesen Plänen zu reinen Ausbildungsuniversitäten ab, die möglichst viele Studierende möglichst schnell zu einem Abschluss bringen.

Wir fordern daher ausreichend finanzielle Mittel zum Ausbau der Barrierefreiheit, Verbesserung des Betreuungsverhältnisses und Ausstattung von Forschung und Lehre für alle Hochschulen Deutschlands.